

Belastungen für Viele: Von wegen Gerechtigkeit! Rentenpaket reißt Lücken

Von Professor Axel Börsch-Supan

Statt Gerechtigkeitslücken zu schließen, tun sich durch die Rentenreform neue auf: Sie geht fast ausschließlich zu Kosten der jüngeren Generation, während die Nutznießer hauptsächlich aus den Jahrgängen von 1952 bis 1964 kommen, kritisiert *FOCUS-Online-Experte Axel Börsch-Supan*.

Gerechtigkeitslücken schließen ist das große Mantra des Rentenpakets, das viele Großkoalitionäre immer wieder beschwören. Das hört sich gut an. Aber abseits der wohlfeilen Rhetorik ist es mit der Gerechtigkeit nicht so einfach, weil Wohltaten für die Einen allzu oft Belastungen für die Anderen werden.

Die gesetzliche Rentenversicherung ist ein gutes Beispiel dafür. Sie muss viele Balanceakte gleichzeitig durchführen: Sie soll ordentliche Renten zahlen und Altersarmut vermeiden, aber nicht zu hohe Beiträge verschlingen; sie soll für die jüngere wie die ältere Generation gleichzeitig gerecht sein; sie soll in Zeiten des demographischen Wandels sich anpassen und doch zuverlässig bleiben.

Das macht unsere Rentenversicherung eigentlich recht gut. Wir hätten Anfang dieses Jahres sogar den Beitragssatz senken können, weil trotz Schuldenkrise die Beschäftigung so hoch ist, dass sich die Beitragslast auf mehr Schultern verteilen lässt, als man es sich vor einigen Jahren hätte träumen lassen. (...)

(...) Auch in Zukunft wird sich die Rentenbezugszeit verlängern, weil die Lebenserwartung schneller steigt als die Erhöhung des Renteneintrittsalters. Der Nachhaltigkeitsfaktor garantiert, dass die Finanzierung der Renten trotz des demographischen Wandels gesichert ist. Dies fällt nicht vom Himmel, sondern verlangt einen delikaten Balanceakt der Generationengerechtigkeit (...). Die einseitigen Wünsche des Rentenpakets verspielen diese mühsam gefundene Balance jedoch wieder, weil sie nämlich fast ausschließlich zu Kosten der jüngeren Generation gehen. (...)

Man mag es auch generationengerecht finden, wenn nachträglich für diejenigen Mütter, die vor 1992 ihre Kinder geboren haben, die gleichen Zeiten angerechnet werden wie für spätere Mütter. Allerdings geht es um ca. 6,5 Milliarden Euro pro

Jahr, welche die jüngere Generation zahlen muss. (...) Und vollends abenteuerlich ist die Vorstellung, man könne dies aus Rentenbeiträgen finanzieren, denn das würde dem Bundeszuschuss, der für solche versicherungsfremden Leistungen aufkommen soll, endgültig die Legitimität entziehen.

Ganz und gar nicht in die demographische Landschaft passt die Idee, neben der Rente aus Altersgründen eine großzügige Rente nach Beschäftigungsdauer einzuführen. (...) Der Vorschlag, nun auch Zeiten dazu zu rechnen, in denen nicht gearbeitet wurde, vor allem Ausbildung und Arbeitslosigkeit, spricht jedoch der Ursprungsidee Hohn, dass man lange Beschäftigungsdauern belohnt.

(...) Die Rente mit 63 schließt keine, sondern öffnet eine neue Gerechtigkeitslücke.

Aus Wohltaten für Wenige werden Belastungen für Viele. Noch haben wir den Rückenwind der Beschäftigungsexplosion, den uns die Arbeitsmarktreformen seit 2001 beschert haben. (...) Er wird spätestens nach der nächsten Bundestagswahl (...) umso heftiger blasen, weil alles, was derzeit im Übermut der vollen Kassen versprochen wird, zusätzlich finanziert werden muss – und dann um so größere neue Gerechtigkeitslücken reißen wird.

Der vollständige Artikel erschien auf Focus Online am 06.05.2014.